



Günther Thiel, Ex-Chef der Pin AG, sagte letztes Jahr gegenüber der Süddeutschen Zeitung folgenden Satz: „...„grundsätzlich‘ sei es natürlich wünschenswert, dass jeder mit seiner Arbeit so viel verdient, dass es zum Leben reicht. Auf der anderen Seite könne ein Mitarbeiter aber nicht mehr kosten, als er einbringe.“. Wenn dem so ist, müssten große Personalbereiche in der deutschen Wirtschaft um Ihre Entlohnung fürchten, denn was bringt der Controller ein, was der Unternehmensberater, was der Personalchef, was der Beamte im Liegenschaftsamt, was die Verwaltungsangestellte im Sozialamt und wie ist das quantifizierbar was er/sie „einbringt“.

Grundsatz ist das richtige Wort, dass man im Zusammenhang mit der Thematik Mindestlohn verwenden sollte. Jeder Arbeitnehmer sollte von seinem Lohn ein menschenwürdiges Leben führen können. Er sollte keine staatlichen Transferleistungen zusätzlich beziehen müssen, die von der immer geringer werdenden Anzahl der Vollzeit- und Sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten finanziert werden muss. Das Geschäftsmodell der privaten Briefdienstleister baut auf zwei Säulen:

Mindestlohn – Grundsätzlich wünschenswert!

Oliver Müller*

Zum einem ausschließlich prekäre Arbeitsverhältnisse, zum anderen Preisdumping über Löhne. Die geringen Preise die eine Briefsendung bei der Pin AG oder der Citipost den privaten Haushalten angeboten werden, haben diese über Ihre Sozialabgaben längst mitfinanziert. Und zwar so, dass wenn man die Anzahl der Briefsendungen der privaten Briefdienstleister ins Verhältnis zu den Transferleistungen setzt, die im Schnitt dort noch gezahlt werden müssen, die Briefsendung teurer wird als wenn sie mit der Deutschen Post AG versandt worden wäre. Die Gewinne der privaten Briefdienstleister sind somit überwiegend aus Steuergeldern finanziert und fließen ausnahmslos ins Ausland ab. Die Pin AG hat Ihren Sitz in Luxemburg; TNT momentan durch Beteiligungen an den meisten privaten Briefdienstleistern der größte alternative Zusteller in Deutschland, ist das Pendant der Deutschen Post in den Niederlanden (und zahlt dort im übrigen den gesetzlichen Mindestlohn).

Seit dem 01.01.2008 gilt die „Verordnung über die zwingenden Arbeitsbedingungen für die Branche Briefdienstleistungen“. Ver.di und seine Ehrenamtlichen Kollegen und Mitglieder, besonders aus dem Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik haben im vergangenen Jahr mit Ihrem Einsatz dafür gesorgt, dass es diesen ersten Durchbruch für eine große Branche in der Mindestlohnthematik gab. Neben der weiteren Aufrechterhaltung nach einem bundesweiten Mindestlohn von mindestens 7,50 • wird in diesem Jahr die praktische Umsetzung des Postmindestlohns eine große Rolle spielen.

Die Pseudo-Gewerkschaft GNBZ, überwiegend finanziert und organisiert von der Pin AG, und die niederländische TNT lassen nichts unversucht, um Ihr Ausbeutungsmodell zu schützen. Die politischen Husarenstücke dieser Unternehmen reichen von Klagen gegen die Verordnung, über Verweigerung der Zahlung nach der Verordnung und verordneten Demonstrationen gegen Lohnerhöhungen. In der Öffentlichkeit wird von großen Teilen der Wirtschaft, im Gegensatz zu den Äußerungen derselben Personen in der Vergangenheit, immer wieder die Einhaltung der Tarifautonomie und die Verhandlungsfähigkeit der Tarifpartner angemahnt, sowie dass der Staat nicht über ein Diktat des Mindestlohnes den Markt regulieren dürfe. Dieselben „Tarifwächter“ rufen aber nach der Regulierung durch das Kartellamt wenn zwei Einzelhandelsriesen fusionieren wollen und somit in dem Bereich eine „frei Marktwirtschaft“ nicht mehr möglich wäre, sondern Gewinne und Margen durch die Macht des Stärkeren in Gefahr wären.

Die Zustimmung in der Bevölkerung zum flächendeckenden Mindestlöhnen ist auch nach der Einführung des Postmindestlohnes weiter gewachsen. Nach einer Erhebung von Infratest dimap im März diesen Jahres sprachen sich über 80% der Befragten für Mindestlöhne aus, unabhängig von Ihrer politischen Couleur (Selbst CDU/CSU-Wähler (75 Prozent) und FDP-Wähler (68 Prozent) stimmten mit großer Mehrheit für Mindestlöhne). Die große Mehrheit der Befürworter sprach sich laut Umfrage für Mindestlöhne in allen Branchen aus. Im Bezirk Weser-Ems scheint sich diese Mei-

* Oliver Müller, 39 Jahre, Fachbereichssekretär für den ver.di Fachbereich 10 in Osnabrück. Seit 16 Jahren hauptamtlich bei der Gewerkschaft beschäftigt (damals noch IG Medien), verheiratet, wohnhaft in Lage (Lippe).

nungsbildung noch nicht durchgesetzt zu haben, den sowohl die Oldenburger, als auch die Osnabrücker Citipost zahlen nicht den gesetzlich verordneten Mindestlohn und brechen damit geltendes Recht, den Kunden wie die Agentur für Arbeit scheint dies aber egal zu sein. Ver.di unterstützt die Kollegen bei diesen Briefdienstleistungen und klagt nun den Mindestlohn ein. Zudem werden die Kontrollbehörden aufgefordert werden diese Firmen zu überwachen und auf die Einhaltung dieser Verordnung zu achten.

Ein flächendeckender Mindestlohn muss her, nach dem Modell vieler Europäischer Nachbarstaaten, der Wirtschaft übrigens ganz gut damit fährt. Ein Mindestlohn von zunächst 7,50 • der dann sukzessive auf 9,00 • gesteigert und dann der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angepasst werden muss. Ein Mindestlohn der das Leben lebenswert gestalten lässt, staatliche Transferleistungen überflüssig macht, damit die Gemeinschaft entlastet und die Binnennachfrage gesteigert wird.

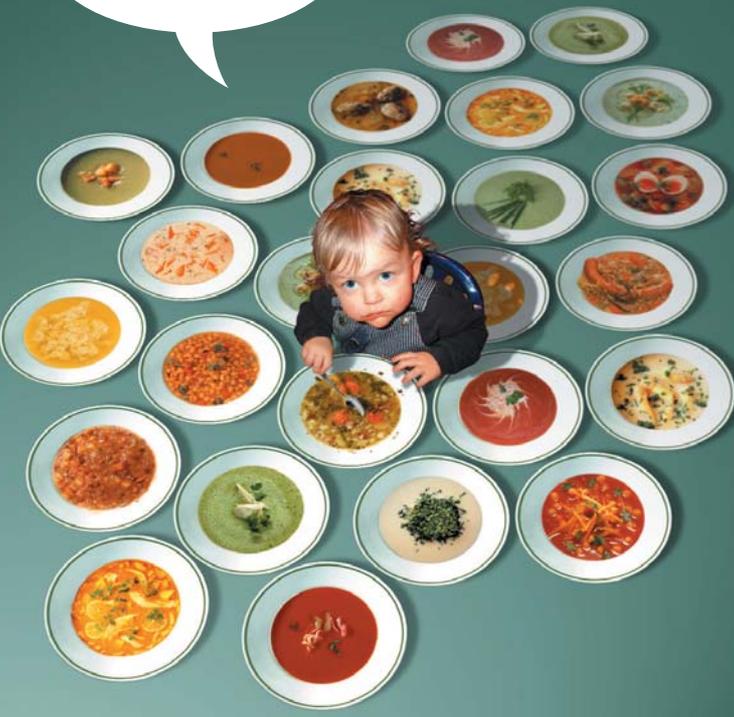
Weitere Informationen unter:

www.psl.verdi.de

www.mindestlohn.verdi.de

EIGENVERANTWORTLICHE SCHULE IST UNVERANTWORTLICH !

Bald kocht hier jeder sein eigenes Süppchen und ich soll's später auslöffeln!



Das Modell der Eigenverantwortlichen Schule führt zu Konkurrenz, Kommerz und Chancenungleichheit. Unsere Kinder brauchen die demokratische Schule -

→ EINE SCHULE FÜR ALLE **GEW** NIEDERSACHSEN

sehstern - Agentur für Grafik, Design, Kommunikation und Werbung - Motzstraße 68 - 10777 Berlin - Schöneberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen

sicherlich hat es sich schon herumgesprochen: Am 29. Februar ist mein letzter Arbeitstag - am 1. März 2008 gehe ich in Rente.

Die Auswirkungen des Schlaganfalls haben doch so viele Spuren hinterlassen, dass ich den Beruf nicht mehr ausüben kann. Schade.

Im April 2009 hätte ich 50 Jahre in Lohn und Brot gestanden.

Ich habe gern mit euch allen zusammen gearbeitet, denn wir haben alle dass selbe Ziel. Danke für ein gutes kollegiales Miteinander.

Ich wünsche uns allen, dass wir (wir alle!) etwas beherzigen, was wir nicht nur von Heinrich Böll wissen - aber auch umsetzen:

„Die Geschichte des Fortschritts ist die Geschichte der Undankbarkeit. Die Nachgeborenen übernehmen und genießen gedankenlos Vorteile, ohne an den Preis zu denken, der für sie gezahlt worden ist.“ Unsere Gesichter und unser Fortschritt ist für uns die Solidarität.

Meine Maxime war: Setzt dich für die Menschen ein, die unseres Schutzes und der Hilfe bedürfen.



Das will ich auch als Rentner im Rahmen meiner Möglichen tun.

Herzliche kollegiale Grüße, in solidarischer Verbundenheit: Venceremos!

Euer Reiner Trzeciak